

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Protokoll der 1. Sitzung

Arbeitsgruppe
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeits-
beteiligung und Transparenz unter Berück-
sichtigung der Erfahrungen aus Asse, Gorleben,
Schacht Konrad und Morsleben

Montag, den 8. September 2014, 18.00 Uhr
Sitzungssaal 4.900 (Europasaal)
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
Berlin

Vorsitz: Ralf Meister

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Teilnehmer:

Ralf Meister (Vorsitz)
Klaus Brunsmeier
Min Garrelt Duin
Hartmut Gaßner
Prof. Dr. Gerd Jäger
Sylvia Kotting-Uhl
Dr. Matthias Miersch
Erhardt Ott
Eckhard Pols
Jörg Sommer
Prof. Dr. Bruno Thomauske
Hubertus Zdebel

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Begrüßung

Der Vorsitzende begrüßt die Teilnehmer.

Er weist darauf hin, dass die Regelungen der Kommission zur Herstellung der Öffentlichkeit sowie zum Protokoll auch für die Arbeitsgruppe gelten.

Organisatorische Fragen

Die Arbeitsgruppe legt auf Vorschlag **des Vorsitzenden** einvernehmlich fest, dass die nächsten Sitzungen - aufgrund der organisatorischen Rahmenbedingungen - in Berlin (in den Liegen-schaften des Deutschen Bundestages) stattfinden sollen.

Die Arbeitsgruppe stimmt überein, in der nächsten Sitzung die Termine für das Jahr 2014 sowie vorläufige Termine für das erste Halbjahr 2015 festzulegen. Zur Vorbereitung der Entscheidung kündigt **der Vorsitzende** an, eine elektronische Terminabfrage durchzuführen.

Die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe wird auf Vorschlag **des Vorsitzenden** einvernehmlich auf Montag, 22. September 2014, 8.00 Uhr bis 10.00 Uhr (vor der Kommissionssitzung) festgelegt.

Auf Nachfrage **des Vorsitzenden** befindet die Arbeitsgruppe einvernehmlich, dass die Sitzungsleitung dem Vorsitzenden obliegen soll und eine externe Moderation nicht gewünscht ist.

Die Arbeitsgruppe verständigt sich darauf, die Frage, ob der Vorsitz der Arbeitsgruppe bei einer Person oder zwei Personen liegen soll, erst nach Erörterung des Themas in der nächsten Kommissionssitzung, zu klären. In diesem Zu-

sammenhang kündigt Hartmut Gabner seine Bereitschaft an, gegebenenfalls weitere Verantwortung in der Arbeitsgruppe zu übernehmen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Vorsitzenden der Kommission angeboten haben, an den Sitzungen der Arbeitsgruppe teilzunehmen. Er stellt nach kurzer Aussprache fest, dass – sofern die Vorsitzenden dies wünschen – hiergegen keine Bedenken bestehen.

Aufgaben der Arbeitsgruppe

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf seinen schriftlich unterbreiteten Vorschlag, der einzelne Lernfelder der Arbeitsgruppe skizzierte, den von Jörg Sommer eingereichten Antrag (K-Drs. 13) sowie auf die Anregungen der Mitglieder in der vorangegangenen Sitzung der Kommission.

Die Teilnehmer verständigen sich darauf, dass die vom Vorsitzenden skizzierten Lernfelder als Grundlage der weiteren Erörterung eines Arbeitsprogramms der Arbeitsgruppe dienen sollen.

Folgende Aspekte werden – ohne Bewertung – als mögliche Fragestellungen im Hinblick auf das Arbeitsprogramm benannt:

- Wie bereits schon in der vorangegangenen Sitzung der Kommission vorgeschlagen, wird angeregt, das im AkEnd genannte Ziel der Beteiligungsbereitschaft zu besprechen. Zu klären sei, was den Gesetzgeber bewogen habe, von diesem Ziel abzuweichen. Es solle alternativ das Ziel des gesellschaftlichen Dialogs geklärt und gegebenenfalls eine neue Zielvorstellung entwickelt werden. Des Weiteren wird gewünscht, dass die Arbeitsgruppe

die Aussprache über den AkEnd in der Herbstsitzung der Kommission mit vorbereitet.

- Es wird angeregt, die verschiedenen Formen der im StandAG vorgesehenen Öffentlichkeitsbeteiligung zu erörtern. Die dort verwendeten Begriffe der Beteiligung sollten definiert und die Inhalte und Ziele der Beteiligung diskutiert werden. Des Weiteren könnten Anregungen zur Gestaltung der Öffentlichkeitsbeteiligung durch die Kommission erarbeitet und innovative Beteiligungskonzepte besprochen werden.
- Gewünscht wird eine intensive Auseinandersetzung über den im StandAG geregelten grundsätzlichen Vorrang der Sicherheit und das Ziel der Akzeptanz der Bevölkerung. Es ginge darum, Sicherheit und Akzeptanz nach dem StandAG zu definieren und auszugestalten. Zu klären sei, wie diese beiden Elemente miteinander verbunden werden könnten.
- Angeregt wird, zu bewerten, wie die Öffentlichkeit beim Thema Stilllegung und Rückbau von Kernenergieanlagen beteiligt werde. Zu prüfen sei, ob durch die Art der Durchführung dieser Verfahren ein Klima geschaffen werde, welches die Akzeptanz der Öffentlichkeit in Bezug auf die Endlagersuche negativ beeinflusse.
- In einer Sitzung solle die Umsetzung von „Expertensprache“ in eine einfache, verständliche Sprache beraten werden.

Der Vorsitzende kündigt zur Vorbereitung der weiteren Erörterung des Arbeitsprogramms an, den Teilnehmern im Vorfeld der nächsten Sitzung eine Beratungsunterlage zu den Aufgaben

der Arbeitsgruppe unter Berücksichtigung des Antrags in K-Drs. 13, der vorgenannten sowie der in der vorangegangenen Kommissionssitzung angesprochenen Aspekte, zuzusenden.

Vertretung der Teilnehmer

Nach einer Aussprache über Fragen der Vertretung (grundsätzliche Möglichkeit, Stimm- und Rederecht) hält **der Vorsitzende** fest, dass eine Entscheidung insoweit derzeit nicht erforderlich sei.

Einladung von Gästen

Der Vorsitzende fasst nach einer längeren Aussprache zusammen, dass weitgehend Konsens darüber bestehe, dass grundsätzlich Gäste in die Arbeitsgruppe eingeladen werden könnten.

Jörg Sommer fordert, dass der Aspekt der Berücksichtigung der Erfahrungen aus Asse, Gorleben, Schacht Konrad und Morsleben“ dauerhaft in die Struktur der Arbeitsgruppe implementiert werden müsse.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass der Aspekt der „Berücksichtigung der Erfahrungen aus Asse, Gorleben, Schacht Konrad und Morsleben“ unstrittig auch bei der Auswahl der Gäste Niederschlag finden solle.

Die Arbeitsgruppe habe in den nächsten Sitzungen in diesem Zusammenhang insbesondere die Fragen,

- welche Personen im Einzelnen eingeladen werden sollen und

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

- ob externe Fachleute auf Dauer in der Arbeitsgruppe mitwirken oder als Gäste nur zu bestimmten Themen eingeladen werden sollen

zu klären.

Der Vorsitzende stellt fest, dass weiterer Aussprachebedarf in dieser Sitzung nicht besteht.

Ende der Sitzung: 18.55 Uhr.

**Die nächste Sitzung findet statt am
Montag, den 22. September 2014, 8.00 Uhr.**

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe

Ralf Meister